

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeiger-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

92. Jahrgang.

erschint täglich
mit Ausnahme der
Sonn- und Festtage.
—
Jahresabonnement
hier mit Trägerlohn
Mk. 2.10, im Bezugs-
und 10-Km-Bezirk
Mk. 2.10, im übrigen
Württemberg Mk. 2.20
Monats-Abonnement
nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr
für die einspalt. Zeile aus
gewöhnl. Schrift oder
deren Raum bei einmal.
Einschaltung 12 Hg.
bei mehrmaliger
entsprechend Rabatt.
—
Fernsprecher 24
Postfachkonto
4115 Stuttgart.

№ 274

Donnerstag, den 21. November

1918.

England verhandelt nicht mit den Soldatenräten.

Berlin, 20. November. W.B. Ueber den Gang der Verhandlungen der Abordnung der deutschen Marine mit dem englischen Flottenchef Admiral Beatty, in Kopenhagen, erfahren wir von zuständiger Stelle folgende Einzelheiten: Der englische Flottenchef hatte an den Chef der deutschen Hochseeflotte, den Admiral von Hipper, unmittelbar persönlich durch Funkpruch die Aufforderung ergoßen lassen, einen Flaggoffizier der deutschen Marine zu weiteren Verhandlungen nach Kopenhagen zu entsenden. Der Chef der Hochseeflotte beauftragte darauf den Kontradmiraal Neurer mit der Führung der Verhandlungen. In Begleitung des Kontradmiraals Neurer befanden sich Kommodorenkapitän Hühnsch, Kapitänleutnant Saalmüller, Kapitänleutnant von Freudenreich, Leutnant zur See Braunsch und eine Abordnung des Soldatenrats der Hochseeflotte und der Republik Oldenburg und Ostfriesland. Die Abordnung verließ Wilhelmshafen am Bord der „Königsberg“ am 13. November, 3 Uhr nachmittags. Die Fahrt wurde durch die Offiziere von Skagen herauf angetrieben, um die Minengebiete in der Nordsee zu vermeiden. Die Ankunft in Kopenhagen erfolgte am 15. November, 7 Uhr abends. Die „Königsberg“ ankerierte auf der Außenseite. Sofort nach dem Anker kam ein Offizier vom Stab des Admirals Beatty an Bord der „Königsberg“ und überbrachte ein Schreiben des englischen Flottenchefs, das die Bitte an den Admiral Neurer enthielt, mit den ihm begleitenden Offizieren seines Stabes auf das englische Flagggeschiff „Queen Elizabeth“ zu kommen, das auf der Innenreede verankert lag. Zur Ueberfahrt wurde der englische Zerstörer „Dak“ gestellt. Die Zusammenkunft der deutschen Abordnung war dem englischen Flottenchef durch Funkpruch bereits mitgeteilt worden. Auf Anfrage des Kontradmiraals Neurer, ob auch die drei Mitglieder des Soldatenrats der Flotte beizubehalten seien, lehnte der auf die „Königsberg“ entsandte englische Offizier die Beteiligung des Soldatenrats im Auftrag des Admirals Beatty ab. Die drei Mitglieder mußten infolge dessen auf der „Königsberg“ zurückbleiben.

Auf dem englischen Flagggeschiff „Queen Elizabeth“ wurde unter dem Vorsitz des Admirals Beatty sofort eine Sitzung abgehalten, an der außer Admiral Beatty von englischer Seite Admiral von Rodden, Admiral Trenchard, der Chef des Stabes der englischen Flotte, Vizeadmiral Brock und eine Reihe von Offizieren der englischen Flottenstabes teilnahmen. Admiral Beatty las eine Zusammenfassung der von ihm gewünschten Ausführungsbestimmungen des Waffenstillstandsvertrages vor und erklärte, daß er von der Entente und den beteiligten Staaten beauftragt sei, alle Fragen des Waffenstillstands zu regeln. Er bat Kontradmiraal Neurer, sich gleichfalls Vollmacht für die Verhandlungen nicht nur als Beauftragter der Hochseeflotte, sondern der ganzen deutschen Marine geben zu lassen. Diese Vollmacht wurde auf funktentelegraphischem Wege eingeholt und von deutscher Seite erteilt. Auf eine mündliche Mitteilung des Kontradmiraals Neurers, daß an Bord der „Königsberg“ sich drei Mitglieder des Soldatenrats der Flotte der Republik Oldenburg und Ostfriesland befinden, lehnte Admiral Beatty jede Verhandlung mit dieser Abordnung ab, da er nicht autorisiert sei, Mitglieder einer Regierung zu empfangen, die von der englischen Regierung nicht anerkannt sei.

In der zweiten Sitzung am 16. November beantwortete Kontradmiraal Neurer die von Beatty gestellten Fragen, woran sich eine Besprechung einzelner Punkte angeschlossen. Im Schlußprotokoll, das nach der Schlußführung am 16. November, abends, aufgestellt wurde, wurden im wesentlichen die Ausführungsbestimmungen für die Ueberführung der U-Boote, der zu internierenden Schiffe und Torpedoboote, sowie eine Reihe von Fragen aufgenommen, die die deutsche Abordnung nach ihrer Rückkehr nach Deutschland noch klären muß. Erwähnenswert ist, daß Admiral Beatty sich bereit erklärte, auf die in Artikel 24 der Waffenstillstandsbedingungen geforderte Besetzung der Offiziersbesatzungen vorläufig zu verzichten, wenn von deutscher Seite sofort die erforderlichen Minenräumarbeiten in der Ostsee in Angriff genommen würden.

Verammlung des Arbeiterrats.

Berlin, 19. November. W.B. Im Zirkus Dachs fand heute eine Verammlung der Arbeiter der Groß-Berlins unter dem Vorsitz des Mitgliedes des Volksgenossenschaftsrates Richard Müller vom Volksgenossenschaftsrat statt. Richard Müller vom Volksgenossenschaftsrat erstattete einen

langen Bericht über die blutige Tätigkeit des Volksgenossenschaftsrates. Er zeigte die gewaltigen Schwierigkeiten, die angesichts des Mangels an Rohstoffen und der vielfachen Anforderungen von allen Seiten sowie der vielen Hürden aus ganz Deutschland zu überwinden waren. Er betonte, die zum Sicherheitsdienst herangezogenen Soldaten hätten nach jeder Richtung hin ihre Schuldigkeit getan, wenn gleich auch vereinzelte unglückliche Elemente Ausschreitungen begingen. Die Sicherstellung der Ernährung konnte bläher befriedigend gelöst werden, hauptsächlich durch die von Emanuel Warm geschaffene Organisation. Die Gefahr einer Gegenrevolution scheint jetzt nicht mehr so groß zu sein. Die Errichtung einer roten Garde aus Zivilisten sei wegen der Degeneration der Soldaten wieder fallen gelassen worden. Zahllose Ausschüsse und Kommissionen, die sich überall bildeten, richteten heillose Verwirrung an. Lediglich der Arbeiter- und Soldatenrat sei die allein maßgebende Behörde. Das Zurückfallen der Truppen verursache viel Arbeit. Die Demobilisierung der Heimkehrer werde Hand in Hand mit der Regelung vom Kriegsministerium vorgenommen. Ueber die Behörden und Kriegsgesellschaften sei eine entsprechende Kontrolle einzuführen. Die Uebertragung der Volksgenossenschaft in der Arbeiterfrage an freie Gewerkschaften sei nötig gewesen, weil der Volksgenossenschaft in Streitfällen zwischen Unternehmern und Arbeitern nicht eingreifen könne. Die Arbeiterfrage müsse durch Gewerkschaften im Einverständnis mit den politischen Parteien gelöst werden. Fürsorge für einzelne Unternehmer nicht, oder legen sie ihre Karte auf, so werde man diese entgegennehmen. Die Gewerkschaftsverbände drängten sich über die Uebertragung der Volksgenossenschaft an freie Gewerkschaften nicht zu entscheiden; solange sie nicht die Revolution mitverwirklichen, müßten sie unter der Kontrolle fester Gewerkschaften bleiben. Jetzt habe sich eine Anzahl Räte, von denen man nicht wisse, was sie sind und was sie wollen. Neben den Hausbesitzerständen fehlten nur noch die Milliardäre. Aus diesen Vorgängen erkläre sich auch der Ruf nach der verfassunggebenden Reichsversammlung. Wir aber wollen keine demokratische, sondern eine sozialistische Regierung. Das Problem der Reichsversammlung liegt in der Zukunft. Sie bedeutet für uns das Todesurteil. (Widerspruch und Beifall.) Schließlich kündigte Richard Müller einen Zentralkongress aller Arbeiter- und Soldatenräte aus ganz Deutschland an. Der Volksbeauftragte Hasse hat für die Notwendigkeit der verfassunggebenden Reichsversammlung ein, hob aber hervor, daß sie nicht schon jetzt zusammenberufen werden könne. Dazu seien Vorarbeiten nötig wie die Zusammenfassung der Wählerlisten. Auch die Soldaten im Felde müßten dabei sein können. Mehrere Redner wälzten ebenfalls für die Reichsversammlung ein. Buchwald besprach die Verhältnisse in den östlichen Provinzen. Colin Roth verlangte für die Soldaten dasselbe Vertrauen, wie es jenen der Soldaten der Arbeiterschaft entgegengebracht werde. Die Verammlung dauerte beim Schluß des Berichtes noch fort.

Bund der Landwirte, Württembergischer Bauern- und Weingärtner-Bund.

In einer am Montag, den 18. November im „Herzog Christoph“ in Stuttgart abgehaltenen Landesausführung wurde folgender Beschluß gefaßt:

Um auch nach außen in aller Form und mit Bestimmtheit zum Ausdruck zu bringen, daß wir in allen württembergischen Angelegenheiten selbständig und unabhängig von jedem anderen Bundesstaat handeln und beschließen werden, fügen wir der selbstergebenen Bezeichnung Bund der Landwirte in Württemberg den Namen

Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund

bei.

Die Neuwahl des künftigen Landesvorsitzenden hatte folgenden Ergebnis:

Zum Landesvorsitzenden wurde gewählt:
Dezernent Bogt-Gochsen.

Als Stellvertreter:
Bauer Karl Berthold-Sogkheim,
Weingärtner Karl Haug, jr., Hiltbronn.

Die Führung der Geschäfte und die Schriftleitung liegt wie bisher in den Händen des Geschäftsführers, Redakteur Theodor Körner, Stuttgart, Rinsburgstr. 77.

Nach einer eingehenden Besprechung der gegenwärtigen Lage wurde einstimmig beschlossen, den nachstehenden

Aufruf

zu erlassen:

Die von den Großstädten ausgehende Umwälzung unserer staatlichen Ordnung im Reich und in Württemberg bedroht auch unsere landwirtschaftliche Bevölkerung. Eine Minderheit hat das ganze politische Leben nach einseitigen Grundgedanken umgestaltet. Dieser Zustand kann nur vorübergehend sein, die gegenwärtige Regierung bezieht sich zu sehr als eine provisorische. Angesichts der durch die Waffenstillstandsbedingungen und die Demobilisierung entstandenen schweren Nöte unseres Vaterlandes bitten wir unsere Landbevölkerung sich auf den Boden der gegenwärtigen Ordnung zu stellen. Wir verlangen aber die rasche Vornahme der Wahlen von Landes- und Reichsversammlungen mit dem Auftrag für die künftige staatliche Ordnung im Reich und in Württemberg bindende Gesetze zu schaffen.

An diesen Wahlen werden wir uns mit aller Tatkraft beteiligen und erklären uns bereit, mit denjenigen Parteien zusammenzuarbeiten, die gewillt sind, bei der kommenden Neuanbahnung unserer Landwirtschaft und dem Mittelstand in Stadt und Land die ihnen nach ihrer Tätigkeit und Bedeutung zustehende Berücksichtigung und Beachtung zu leisten.

Im übrigen werden wir die vor und während des Krieges vertretenen Grundgedanken hochhalten und zu den neu auftauchenden Fragen im Einverständnis mit unseren württembergischen Bauern und Weingärtnern Stellung nehmen.

An unsere Mitglieder und Freunde richten wir die Bitte, fester denn je zusammenzuhalten und mitzuarbeiten, damit es uns gelingt in den neuen verfassungs- und gesetzgebenden Körperschaften den unserer Landbevölkerung gebührenden Einfluß zu gewinnen.

Reg.-Rat Stäbel von der Zentralkommission für die Landwirtschaft gab sodann wertvolle Ratschläge über den Stand unserer Volksernährung und wies darauf hin, wie es gerade jetzt notwendig sei, den Städten die nötigen Lebensmittel zuzuführen. Es wurde deshalb beschlossen die nachstehende

Bitte

an die Landwirtschaft zu richten.

Zur Behebung der drohenden Ernährungs-schwierigkeiten bitten wir unsere landwirtschaftliche Bevölkerung um:

1. Möglichst raschen Ausdreschen und Ablieferung von Getreide;
2. Bekämpfung des Schleichhandels in Milch, Butter, Fleisch und anderen Lebensmitteln.
3. Abgabe der landwirtschaftlichen Erzeugnisse an die geordneten Sammelstellen.

Die Versammlung stimmte dem zu, jedoch wurde von allen Seiten verlangt, daß endlich einmal auch Schritte geschehen müßten, um die Landplage der Hamsterei einzudämmen und zu beseitigen. Solange nicht die sich immer mehr mehrende Verwilderung der Landbevölkerung aufhört, sei an eine geordnete Ablieferung und Versorgung der Städte nicht zu denken.

Nach Erledigung einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten konnte die überaus zahlreiche besuchte Sitzung geschlossen werden.

Tagesneuigkeiten.

Eine neue Note.

Berlin, 19. Nov. W.B. Den gegnerischen Regierungen ist durch Vermittlung der Schweizerischen und der holländischen Regierung folgende Note übermittelt worden:

Mit jedem weiteren Tag der im Waffenstillstand ausgezwungenen überlittenen Klammung drohen, wenn nicht wirtschaftliche Rücksichten beachtet werden, die Gefahr katastrophaler Wirkungen nicht nur für Deutschland und insbesondere seine innerdeutschen Gebiete, sondern auch vor allem für Luxemburg. Die deutsche Regierung bittet daher dringend, wirtschaftliche und eisenbahntechnische Sachverständige schleunigst zur Waffenstillstandskommission nach Spa zu entsenden, da sonst wirtschaftliche Schädigungen eintreten könnten, die nachträglich nicht wieder gut zu machen sind.
(Geg.) Solj, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Die Ablieferung des rollenden Materials.

Berlin, 19. Nov. W.B. Den gegnerischen Regierungen ist durch die Vermittlung der Schweizerischen und der holländischen Regierung folgende Note übermittelt worden:

g
e.
erfucht,
einen
wahren
at Hand
unserer
ründeten
Nach
irksver-
old.
iothek
gabe
on
4-5 Uhr.
entliche
nge
bei
huon,
hft.
ürze,
Wirtel,
See,
acker,
päne,
rben,
nitten
nodel.
osen,
böde
gefucht.
schäftsstelle
er
osen,
glar,
ildberg.
ibler.



Der deutsche Bevollmächtigte b.i der Waffenstillstandskommission in Spaan übergab am 16. 11. folgende Note an die gegnerischen Vertreter:

Zur Ausfüllung der deutschen Regierung habe ich auf folgendes nachdrücklich hinzuweisen: Bei Aufgabe der jetzt besetzten Strecken werden die dort eingesetzten Lokomotiven übergeben. Im ganzen handelt es sich dabei um rund 3000 Lokomotiven. Die Zuführung der übrigen etwa 2000 Lokomotiven würde den Zusammenbruch des deutschen Eisenbahnverkehrs und damit eine schwere Gefährdung des deutschen Wirtschaftslebens bedeuten. Hungerrevolten mit ihren unausbleiblichen Folgen wären zu erwarten. Außerdem würde infolge Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs die Durchführung bestimmter Waffenstillstandsbedingungen (zum Beispiel Gefangenentausch) unmöglich sein.

In Eisenbahnwagen werden voraussichtlich etwa 100 000 Wagen im besetzten Gebiete zurückgelassen werden. Die Zuführung des Restes der Wagen aus Deutschland ist bei der gegenwärtigen Lage auf Schwierigkeiten, deren Behebung nicht abzusehen ist.

Hierauf erwiderte Marshall Foch durch folgenden Funkpruch: Die Frage ist nicht klar. Artikel 7 der Konvention setzt eine Frist von 31 Tagen für die Auslieferung von 5000 Lokomotiven und 150 000 Wagen fest. Diese Frist kann nicht geändert werden. Ich stelle anheim, mit Lieferungsstellen vorzuschlagen, um die völlige Lieferung in der festgesetzten Frist zu erreichen.

Die deutsche Regierung macht erneut auf die unabsehbaren Folgen aufmerksam, die bei striktester Durchführung der Bestimmungen des Artikels 7 der Waffenstillstandskonvention drohen und bittet dringend, eine Milderung dieser Bestimmungen herbeizuführen.

Auf dem Rückmarsch.

Rln, 19. Nov. WTB. Nachdem schon Massen von Clappnetzen und Besprengeln in den letzten Tagen Köln zu Fuß und auf der Eisenbahn passiert hatten, trafen heute vormittag die Spitzen der 8. und 17. Armee mit klingendem Spiel zu Fuß auf dem Wege nach Osten hier ein. Die durchziehenden Truppen wurden von der Bevölkerung mit Rufen begrüßt und mit Zigaretten und Zigarren beschenkt. Radfahrer-Daillone eröffneten den Zug der Fronttruppen, denen lange Züge Sturmtruppen folgten. Die Truppen zeigten gute Haltung und feste Ordnung. Trotzdem herrscht in der Stadt, besonders vor den Rheinbrücken, lebensgefährliches Gemüht. Der Verkehr findet teilweise gänzlich. Die Straßenbahnen müssen voraussichtlich den Betrieb in den nächsten Tagen einstellen. Die Stadt trägt in allen Teilen reichsten Fahnen- und Blumen Schmuck.

Der Durchmarsch durch Luxemburg.

Frankfurt a. M., 19. Nov. WTB. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Luxemburg: Noch immer passieren große deutsche Heeresmassen auf dem Rückzuge Luxemburg. Die Ordnung und Disziplin ist an Stelle des anfänglichen Durcheinanders wieder hergestellt. Die Presse stellt fest, daß die Soldaten einen guten Eindruck machen. Am Donnerstag werden die Kavallerietruppen die luxemburgische Grenze besetzen. Am 25. November treffen sie in der Stadt Luxemburg ein. Der Süden des Landes ist von Amerikanern, der Norden von Franzosen besetzt. In Longwy sind bereits amerikanische Korpsstellen angekommen.

Die Franzosen in Saarbrücken.

Rln, 19. Nov. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus dem Haag: Die französischen Truppen sind in Saarbrücken eingezogen.

Der Traum in Feindesland.

Roman von Julius Schoenthal.

81] (Nachdruck verboten.)

Er trat zum Schreibtisch zurück und stellte die Petroleumlampe an. Das gab doch wenigstens etwas Wärme. Wichtig, da lag ja noch der Brief.

„Dringend! Eilt sehr!“ war auf den Umschlag gedruckt.

Er riß ihn neugierig auf und nahm verwundert ein gedrucktes Schreiben heraus, einen Werbebrief von Lord Verdon, der noch immer sein Heer von drei Millionen „Freiwiliger“ nicht zusammengestellt hatte.

„Hysterisch lachte er auf und warf das Schreiben zertrümmert in den Papierkorb. — Dann nahm er vom Kleiderhänger im Vorraum seinen Wintermantel, warf ihn sich als wärmende Decke über die Arme, breitete einen Quartbogen über die Schreibtischoberfläche und begann zu schreiben. Einen Brief an Lord Southcliffe.

Er dachte dabei nicht im entferntesten daran, diesen Brief abzulesen. Aber er hatte die Gewohnheit, wenigstens in einem nicht abgelesenen Brief jedem, der ihn gekannt hatte, die ungeheuerliche Wahrheit zu sagen. Er verneinte, daß seiner Gesundheit schuldig zu sein, indem er den infolge der Kränkung erhöhten Blutdruck nach dem Gekirn wieder in friedlichere Bahnen ablenkte. Er hatte schon Duzende solcher Briefe geschrieben, ohne daß die darin angesprochenen Personen davon auch nur eine Ahnung erhalten hätten.

In heftigen heißen Bogen lief seine Feder über das Papier.

„Ruford,

Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß ich Sie für einen ganz gemeinen Schurken halte.

„Gleichzeit atmete er auf, doch zugleich kochte er. — Nein, das ging nicht an! Immer sachlich! Gleichgültig, ob der Brief abgelesen wird oder nicht! — Wenn er den Lord einen Schurken nannte, dann würde ihm das

Die Rüstungsbetriebe.

Berlin, 19. November WTB. Seit Abschluß des Waffenstillstands erfüllt die Voraussetzung, unter der Betriebe der Rüstungs- und Ernährungsindustrie als kriegswichtig zu gelten hatten. Damit sind auch einem Fortbestehen der Verordnung, wonach Arbeiter jener Betriebe, die infolge Rohstoffmangels fahrlos werden, aus Reichsmitteln entschädigt werden, der Boden entzogen. Trotzdem sollen die Entschädigungen Arbeitern solcher Betriebe, die die Arbeit wegen Rohstoffmangels vor dem 12. 11. 1918 eingestellt oder beschränkt haben, bis zum 25. 11. 1918 fortgewährt werden. Die neugeschaffene Erwerbslosenfürsorge sieht aber ausdrücklich eine besondere Regelung der Entlohnung von Arbeitern vor, die infolge vorübergehender Betriebsstörungen oder -Einsparungen Lohnausfälle erleiden.

Gegen den Bolschewismus.

Berlin. Die „Germania“ schreibt: Sehr deutlich ist die Antwort der deutschen Soldatenräte an der Ostfront auf den Versuch der Sowjetregierung, Deutschland zur Nachahmung neurossischer Zustände zu animieren. Kurz und bündig wird da erklärt, daß die deutschen Arbeiter und Soldaten bewußt antibolschewistisch seien. Das ist gut gesagt. Aber derartige Lichtblicke bieten sich viel zu selten im Vergleich zu den Anzeichen, daß der Bolschewismus sich immer weiter ausbreitet. Es handelt sich in Deutschland tatsächlich um einen Kampf auf Leben und Tod gegen den Bolschewismus. Deshalb muß für alle Antibolschewisten, ob sie dieser oder jener politischen Parteiführung angehören, eine gemeinsame Formel aufgestellt werden, mit der sie im öffentlichen Leben auftreten und besonders in den Wahlkampf ziehen.

Berlin. Der „Vorwärts“ sagt: Auch die Schächten von den Scharen wollen es heute nicht darauf ankommen lassen, Deutschland in Bürgerkrieg und Hungersnot zu führen. Sie werden bei ruhiger Ueberlegung auch zugaben, daß der Frieden um einen sozialistischen Prinzipienstreit willen nicht um einen Tag hinausgezögert, die Volksernährung nicht geschädigt werden darf. Freilich ist die Nationalversammlung, die den drittseitigen Zusammenbruch einer Nationalregierung. Noch hat sich die Erde über den Leib der Revolutionsooper nicht geschlossen und schon haben unsere Sozialisten einen Schritt darüber begonnen, was eigentlich der Preis ist für den diese Opfer gefallen sind. Demokratie oder Diktatur, für oder gegen die Nationalversammlung, so halten die Schatzworte durcheinander. Die deutschen Arbeiter können nicht aus ihrer Haut heraus, aber sie mögen keine Bolschewisten werden, wenn sich auch manche von ihnen für den Augenblick noch so bolschewistisch gebärden mögen. Es handelt sich darum, daß man in Deutschland von seiner Arbeit leben kann. Das aber läßt sich nicht an einem Tag erreichen, zumal bei einem Volk, das durch den Krieg an den Verstand gebracht ist. An den alten und neuen Sünden des Freiheitskampfes wollen wir uns geloben, die Einheit aller Arbeitenden zu wahren und gemeinsam den Weg zu suchen, der uns aus den Leiden dieser Zeit in eine bessere Zukunft führt.

Umgestaltung des Zentrums.

Rln, 20. Nov. WTB. Nahgehende Kreise rheinischer Zentrumskreise veröffentlichten in der „Rln. Volkszeitung“ einen neuen großen Programmentwurf. Der Name der Partei wird abgeändert in „Zentrum“ mit dem Zusatz „freie deutsche Volkspartei“.

Berlin, 20. Nov. Das Zentrum wendet sich mit einem Aufruf an die Beamten, Lehrer und Angestellten,

Friedensrichter womöglich eine Geldstrafe von fünf oder gar zehn Pfund auferlegen. Er wird den Tag durch und begann von neuem:

„Ruford,

Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß ich Sie nicht mehr für einen wahrheitsliebenden Menschen halten kann.

Sie haben mir mehrfach vor Zeugen erklärt, daß Sie das Gebären meiner Gegner für unerhört und skrupellos ansehen, daß Sie die gegen mich vorgebrachten Behauptungen für gewissenlose Verleumdungen halten. Jetzt aber haben Sie sich nicht nur dieser mir gegenüber abgegebenen Äußerungen nicht mehr erinnert, sondern sie sogar ins Gegenteil verkehrt, meinen Widersachern ausgebilligt, sie seien im Rechte, die von ihnen über mich verbreiteten Behauptungen entsprächen der Wahrheit. Sie wußten aber seit zwei Jahren, daß alle Behauptungen, die meine Gegner über mich verbreiteten, nicht der Wahrheit entsprachen. Sie wußten, daß ich ein viel zu harmloser Mensch bin, um als Revolverjournalist überhaupt auftreten zu können. Sie wußten, daß ich mit Weib und Kind vom Ertrag meiner Feder leben muß. Sie wußten, daß ich nur an Zeitungen mitarbeite, weil ich vorläufig noch nicht vom Erlös meiner besseren Arbeiten leben konnte. Sie wußten auch, daß meine Gegner nicht Journalisten von einwandfreier Rufe sind, wußten vor allem, daß Mister Wholmerston ein Mann ohne jegliche Bildung ist, dem es keine Gewissensbisse bereitet, einen anständigen Menschen in seiner Ehre zu verunglimpfen, wußten, daß gar Mister Turner wegen Eigentumsvergehens mehrere Jahre in einer Strafanstalt hatte zubringen müssen, also gewiß nicht geeignete Persönlichkeiten war, um die Ehre seiner Mitmenschen mit besonderen Skrupeln zu bedenken. — dies alles und noch mehr wußten Sie und trotzdem stellten Sie sich heute vor den Richter hin und sagten mit blanker Stirne aus, meine Gegner hätten mir keinen Schaden durch ihre Verleumdungen zugefügt, und sei wirklich ein Schaden entstanden, so hätte ich ihn durch mein nicht einwandfreies Betragen selbst verschuldet. Sie haben damit heute vor dem Richter gesagt, daß

in dem es sie auffordert, sich mit aller Kraft für die Nationalversammlung einzusetzen, ohne die Deutschlands Kultur in russische Zustände versinken müßte.

Bürgeransprüche.

Berlin, 20. Nov. Eine Vertreterversammlung in Stärke von etwa 1000 Personen tagte gestern abend in der Philharmonie, um die Wahlen in den Bürgererrat von Groß-Berlin vorzunehmen. Nach einleitenden Worten von Geheimrat Nieber führte der Direktor des Hansabundes, Dr. Koch-Röhler, unter anderem aus: Nicht im Interesse des Bürgerrechts, sondern vor allem im Interesse der breiten Massen der Arbeiterschaft ist es nötig, daß das Bürgerrecht nicht mit verwehrten Armen zusehe. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß unter den Soldaten und Arbeitern die Erkenntnis reifen müßte, daß Sprünge in der organischen Entwicklung nur mit dem Tode bezahlt werden, hier mit dem wirtschaftlichen Tode. Um diesen zu verhüten, rufen wir, so erklärte der Redner, alle Personen zur Mitarbeit an dem Bürgererrat Groß-Berlins und den Bürgerräten im Reich, gleichgültig, welcher politischen Partei sie bisher angehörten, unter der Voraussetzung, daß sie gewillt sind, auf dem Boden der geschaffenen Zustände nicht gegen die Regierung, sondern mit der Regierung zu arbeiten. Nachdem noch Vertreter der Intelligenz, der Arbeiterschaft und des Bürgerrechts zu Worte gekommen waren, schlug der Vorsitzende vor, einen Ausschuß von 100 Personen zu wählen, aus welchem wieder ein geschäftsführender Ausschuß von 30 Personen gewählt werden soll.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 20. Nov. Alle Kreise der Reichsregierung sind, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, eilig in dem Bestreben, die Vorarbeiten zur Wahl der Nationalversammlung zu fördern. Die Zahl der Wähler in Deutschland wird sich auf 40 Millionen belaufen.

Die Serben in Laibach.

Wien, 17. Nov. Aus Laibach wird gemeldet: Der Kommandant der serbischen Truppen in Laibach hat dem Kommandanten der gegen Laibach vordringenden italienischen Truppen folgende Note überhandt: Im Einverständnis mit dem südslawischen Nationalrat in Agrar haben serbische Truppen im Namen der Entente Laibach besetzt. Die serbischen Truppen erhalten den Befehl, den Vormarsch der italienischen Truppen auf südslawisches Gebiet zu verhindern. Es würde den Kommandanten unangenehm berühren, wenn er zu den Waffen greifen müßte. — Der italienische Kommandant war von dem Inhalt der Note unangenehm überrascht und erklärte, er habe nicht geglaubt, daß die Demarkationslinie von den italienischen Truppen bereits überschritten ist.

Aus Stadt und Bezirk.

Magdeburg, 21. November 1918

Preissteigerung der Zigarren. Infolge des unersättlichen Zigarrenwuchers hatte in den letzten Wochen das preußische und böhmische Kriegswuchersamt zu einem großen Schlags gegen die Zigarrenwuchers ausgehollt. Fast in allen Städten wurden infolgedessen umfangreiche Zigarrenlager beschlagnahmt, die Hunderttausende an Werten darstellten. So wurden in Berlin in den letzten Tagen für 500 000 A. in Chemnitz für 300 000 A. und in Hamburg für 200 000 A. Zigarren beschlagnahmt. Diese verdienstvolle Tätigkeit der Wuchersämter hat zahlreiche Homsterer veranlaßt, ihre Vor-

orientierung dessen geant, was Sie mir während zweier Jahre, oftmals auch in Gegenwart Ihrer Tochter, sagten.

Der Grund, Ruford, kann nur der sein: Sie brauchen mich noch für Ihre Zwecke, zunächst aber, daß durch eine wahrheitsgemäße Aussage ich eine so erhebliche Summe ausgeschüttet erhalten würde, daß ich es nicht mehr länger nötig hätte, für zwölf Pfund im Monat Ihr Elende zu sein.

Ich fordere Sie hierdurch auf, mir für den unerhörten Schmutz, den Sie mir angetan, Genugtuung zu gewähren. Sollte dies nicht binnen einer Woche geschehen, so möchte ich zu meinem Bedauern sowohl die freundschaftlichen Beziehungen zu Ihnen, wie die geschäftlichen Beziehungen zu Ihren Blättern aufgeben, da ich meinen maffelosen Namen von niemandem, auch von Ihnen nicht, verunglimpfen lasse. Ich stelle anheim, mich mit und der edlen Gesellschaft eines ehemaligen Sträflings samt einem bildungslosen Emporkömmling zu wählen. Der Ihrige in aufrichtiger Ergebenheit James Utterley.

Er legte die Feder fort und rief sich wohlgefällig über's Kinn.

Ja, ja, so hatte er's ihm sein gegeben. Besonders der letzte Satz, er solle wählen zwischen einem anständigen Menschen und einem entlassenen Sträfling. . . . Dabei, er würde Augen machen, der vornehme Lord. Ober . . . seine Stirn umbäuferte sich . . . aber auch nicht. — Er würde ja diesen Brief nie abschicken. Er brauchte ja die zwölf Pfund im Monat, wenn er nicht der Bergweisung anheimfallen wollte, wie jene, die zuletzt Lord Verdon und Lord Rithener auf den Straßen und in den Tavernen zusammenlesen lassen, um sie nach Frankreich oder ins Distrikt der Dartanelen zu verfrachten. . . . Ihm fiel der Werbebrief wieder ein, den man ihm ins Haus geschickt. Er hätte sich und auch das wertvolle Papier wieder glatt.

(Fortsetzung folgt)



räte zu „ermäßigten“ Preisen abzugeben. Das Berliner Lager im Wert von 500 000 A kam billig an den Mann. Als Braute des Wucheramtes die beschlagnahmte Ware abholen wollten, war sie verschwunden. Soldaten hielten das Lager nochmals beschlagnahmt und die großen Borräte größtenteils gleich auf der Straße verteilt, wo die Ware verkauften Absatz fand.

Bergewaltigung der Presse. Im Anschluß an die Veröffentlichung des Prozesses des württ. Pressevertrages wegen der Verdrückung der „roten Fahne“ in der Württembergischen Zeitung schreibt der Beobachter: Es ist gerade unerhört, was hier auch in Württemberg versucht wird. Nicht genug, daß in den ersten Tagen der Revolution ein Teil der Presse dadurch mundtot gemacht wurde, daß man von ihm fortwährend sich lediglich auf den Nachrichtenbericht zu beschränken. Jetzt kommt die weitere Bergewaltigung, die nichts anderes ist, als ein geistiger Hausüberfall und eine brutale Censur. Jedesmal geht diese Verfolgung aller demokratischen Grundzüge von der Sparteausgruppe aus. Indem wie das festhalten, wissen wir gewiß, das nicht so sehr den wahren Charakter dieser gemäßigten Bewegung zeigt, als ein solches Vorgehen, und wie sind uns gewiß, daß die Bekanntheit dieser Tatsachen den wahren Charakter dieser angeblich politischen Gruppen von Leuten nicht zeigt als alles andere. Die Württemberger wissen nun, was sie von dieser Bewegung, die angeblich für die größte Freiheit eintritt in Wirklichkeit zu halten haben. Nachdem aber der Soldatenrat die „rote Fahne“ und die hinter ihr stehenden Leute so entkleidet und ungewissenhaft abgehäutet hat, ist zu erwarten, daß er auch im Zusammenwirken mit der Regierung das Weitere wider ihn wird, um Recht und Ordnung wiederherzustellen.

12. Staatslotterie, 5. Klasse, 6. u. 7. Ziehungstag. Auf Württemberg gefallene Gewinne: 14. Nov. 1918. 3000 A auf Nr. 31 765, 64 640, 226 587, 1000 A auf Nr. 176 186, 184 373, 186 879, 500 A auf Nr. 174 187, 174 670, 175 510, 178 309, 178 558, 187 963, 189 008, 189 039, 189 089, 189 455, 226 595. Nächstem 14. Dezember zu 240 A. (Ohne Gewähr.)
15. November 1918. 3000 A auf Nr. 176 437, 183 634, 187 719, 221 585, 1000 A auf Nr. 172 534, 175 225, 187 469, 187 848, 226 598, 500 A auf Nr. 176 572, 176 528, 177 440, 187 419, 187 836, 188 080, 200 789, 221 648. Nächstem 16. November zu 240 A. (Ohne Gewähr.)

Aus dem übrigen Württemberg.

Calw. Im „dahlischen Hof“ war die Besetzung der Kandidaten für die Stadtverordnetenwahl. Als erster sprach Schultheiß Gottlieb Fink von Kohlrader O.A. Sonnenst., dann Amtmann Waldemar-Stuttgarter, dann Reichsleiter Otto Wöhner als dritter, aus Stuttgart-Unterrißheim. Als vierter Bewerber sprach Schultheiß Johannes Roth von Lützenau O.A. Lützenau. Herr Dr. Dausch-Ellwangen und Herr Dr. Dausch-Stuttgarter haben ihre Bewerbung zurückgezogen.

Rothenburg. Oberpräsident Müller von hier ist, als bereits Wessentube eingereitet und er im Begriff war, in die Heimat zu reisen, in Brüssel einer heimtückischen Mordtat zum Opfer gefallen.

Rothenburg. Am Samstag Abend versammelte sich ein größerer Personenkreis der verschiedenen Stände und Berufe im Saal der Oberamtsverwaltung auf Einladung des Bezirksvorstandes Oberamtmann Scholl. Nach einem Referat des Reichs- und Landtagsabgeordneten Holz wurde die Notwendigkeit betont, auch hier die Durchführung der Ernährungsfrage, Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bei den Tuppenrückzügen und für die sonst anfallenden Geschäfte der Demobilisierung und Uebergangswirtschaft einen Rat zu schaffen, bestehend aus Vertretern der einzelnen Ständevertreter. Diese stellen ihre Vertreter in besonderen Versammlungen auf. Auch die Frauenwelt soll im Bürgererrat vertreten sein. Die Schaffung einer Bürgerwehr geschieht im Anschluß an die Bürgerwoche. Auch sonst im Bezirk ist die Schaffung von Bürgerwehren im Fluß. — Rothenburg wird Clappent und soll zunächst mit einer Hamburger Landsturmkompanie besetzt werden. Bereits der vergangene Sonntag brachte in unsere Stadt ein reichbewegtes militärisches Leben, das seinen Höhepunkt erreichte mit dem Einzug ungarischer Truppen; die in Stadt und Bezirk Nachquartier nahmen.

Lützenau. Der 15 Jahre alte Bahnarbeiter Otto Kajer von hier überschritt auf dem Bahnhof die Gleisanlagen in dem Augenblick, als eine Wache umgestellt wurde. Er blieb mit dem Stiefel im Gleis hängen und wurde von einer Lokomotive erfasst, die ihm beide Beine abfuhr. Der Tod trat alsbald ein.

Freudenstadt. Dr. med. Würg erlitt auf einer dienstlichen Fahrt mit dem Red am 10. November bei Ahrbach einen schweren Anfall, von dem er eine Gehirnerschütterung, Kopfverletzung und einen Schlüsselbruch davontrug.

Münsingen. Einer allgemeinen Aufforderung zufolge und den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend wurde auch hier ein Bauern- und Bürgererrat gegründet. Es war durch die Ortsbehörde auf Samstag vormittag eine Bürgerversammlung auf das Rathaus zusammenberufen worden. Zu dieser Versammlung, die ziemlich gut besucht war, hatten sich Bürger der verschiedenen Berufsstände eingefunden. Nach einer Einleitung durch den Ortsvorstand, der sich einige Aussprüche anschloß, wurde aus der Mitte der Versammlung ein Bauern- und Bürgererrat gewählt. Durch die Gründung dieses gemischten Rats wurden neben

den Bauern auch den gewählten Arbeitern und Handwerkern Einsichtnahme, Mitberatung und, wo es not tut, die Mithilfe bei überfüllenden Ereignissen möglich gemacht, um insbesondere auch gemeinsam dem Arbeit- und Soldatenrat zur Seite zu stehen. Die Versammlung verlief in ruhiger und sachlicher Weise. — In den nächsten Tagen wird auch ein Arbeiterrat ins Leben treten.

Letzte Nachrichten.

Die Explosion von Hamond.

Röln, 20. Nov. Draht. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Mönchen-Glabach: Von den Lazarettlägen, die von der Explosion des Hamond betroffen wurden, sind 2 durch Holland nach Mönchen-Glabach gebracht worden. Diese befinden sich in einem unbeschreiblichen Zustand. Keine einzige Scheibe ist noch ganz. Im Innern herrscht vollständiger Witzwarr. Wie die getöteten Soldaten erzählten, soll ein dritter Lazarettzug vollständig verbrannt sein, während von einem vierten Zug nur ein Wagen heil davon gekommen sei. Die Anzahl der Getöteten wird hier auf insgesamt über 200 geschätzt. Die Meinung darüber, ob Belgier mit Handgranaten oder Maschinengewehren geschossen haben, gehen auseinander. Es ist jedoch bestimmt, daß der Munitionszug in die Luft flog und dadurch die in der Nachbarschaft befindlichen Züge so schwer betroffen wurden.

Amsterdam, 20. Nov. W.B. Aus den zum Teil einander widersprechenden letzten Berichten über die Explosion des deutschen Munitionszuges geht hervor, daß das Unglück auf Unvorsichtigkeit der belgischen Bevölkerung zurückzuführen ist, die zusammengeedrängt war, um von den in die Heimat zurückkehrenden Deutschen Kriegsandenken zu erhalten.

Amsterdam, 20. Nov. W.B. Nach den letzten Berichten ist das Unglück in Hamond einschlägig. Die Zahl der Getöteten, meist Deutsche, wird auf über 1000 geschätzt. Holländische Ärzte sind nach Belgien abgereist. Die Station Hamond ist vollständig zerstört. Ungefähr 2000 Mann der belgischen Bürgerwehr hat die Grenze besetzt.

Die Besetzung Antwerpen.

London, 19. Nov. W.B. Draht. Reuters, Belgischer Bericht: Die Besetzung von Antwerpen wurde heute beendet. Die Truppen nahmen Besitz von den äußeren Forts. In der Stadt herrscht große Begeisterung.

Wutwahl. Weiter am Freitag und Samstag. Weiterhin vielfach trüb, meist trocken.
Mit der Schiffsreise von Rotterdam nach Brest, Belgien, am Freitag und Samstag. (Kont. Zettler) Magde.

Antliches.

Bekanntmachung des Arbeitsministeriums, betr. die Schuhverfertigung.

Die Aufrechterhaltung der Schuhverfertigung und Schuhverfertigung ist abhängig von dem geordneten Weiterarbeiten der bestehenden Organisation.

Nachgehend sind für die Schuhverfertigung die Anordnungen des Ueberwachungsamtes der Schuhindustrie für Verkehr und Handel mit Schuhwaren die Anordnungen der Reichsstelle für Schuhverfertigung und des Hauptverteilungsausschusses des Schuhhandels für die Lederbereitstellung die Bestimmungen der Kontrollstelle für freigegebenes Leder und für den Verkehr mit Schuhstoffen die Anordnungen der Schuhhändlergesellschaft. Die örtlich zuständigen Organe sind die Kommunalverbände und die Ortsvorsitzer.

Die geltenden Bestimmungen für die Schuhverfertigung und Schuhverfertigung derselben unerschändert in Kraft. In die bestehende Organisation darf von unzuständigen Organen nicht eingegriffen werden.

Für den Staatsminister: Schmidt.

Oberamt Nagold.

Lauf Verfügung der Landesverwaltungsstelle vom 16. Oktober ds. Js. werden die Tageskopfwengen für Vollmisch mit Wirkung ab Montag, den 25. Nov. wie folgt festgesetzt:

Es werden verabreicht an:
Kinder von 1—2 Jahren bis zu 1 Liter täglich
" " 3—4 " " " 3/4 " "
" " 5—6 " " " 1/2 " "
" " 7—14 " " " 1/2 " "
Schwangere Frauen
1/4 Jahr vor der Entbindung 1/4 " "
Stillende Frauen
für jeden Säugling 1 " "
Kranke, auf Grund
eines ärztlichen Zeugnisses 1/2-1 " "
alle übrigen Personen 1/4 " "

Diese Sätze haben für sämtliche Gemeinden des Bezirks Gültigkeit. Die angegebenen Einzelmengen können nur dann abgegeben werden, wenn genügend Milch zur Abgabe vorhanden ist.

Nagold, den 20. Nov. 1918.
Reg.-Rat. Kommerell.

Nahrungsmittelversorgung in der Uebergangszeit.

In der nun angebrochenen Uebergangszeit, wo ein Millionenheer von der Westfront in seine Standorte zurückkehrt, um von da in seine bürgerliche Stellung entlassen zu werden, steigern sich aus naheliegenden Gründen die Ernährungsschwierigkeiten ganz außerordentlich. Für die Regierung wie für die Landesstellen ist es ein besonders wichtiges Anliegen, diesen Schwierigkeiten so viel als nur möglich zu begegnen. Es liegt auf der Hand, daß die Behörden

in allererster Linie auf die volle Bereitwilligkeit der im Lande vorhandenen Erzeuger aller in Betracht kommenden Nahrungsmittel angewiesen sind. Es liegt im allerdringendsten Landesinteresse, daß die erwähnten Kreise ihre Neuhäufigkeit nicht, um abzuklären, soweit irgend im Bereich der Möglichkeit liegt. Mit Zufuhren aus dem Ausland kann gerade in den nächsten kritischen Wochen noch nicht gerechnet werden. Das Land ist ausschließlich auf seine eigene Erzeugung angewiesen und muß mit dieser unter Zuhilfenahme der durch die Truppenheimsendungen stark in Anspruch genommenen Eisenbahn die Bevölkerung ausschließlich versorgen. Selbst dies etwas deshalb nicht ausreichend, weil die Landbevölkerung ihre Erzeugnisse zurückhält, so entsteht für die Behörden die unbedingte Notwendigkeit, zu richtigerseher Erfassung des Vorhandenen Schritte zu müssen, ganz zu schweigen von der Gefahr, daß infolge Hungersnot einzelne besonders betroffene Gruppen der Bevölkerung vielleicht versuchen könnten, mit Gewalt den Landwirten abzunehmen, was sie zu ihrer Ernährung nötig zu haben glauben.

Neuerdings aufgetretene Zweifel, ob die Zahlung für gelieferte Nahrungsmittel auch künftighin sichergestellt sei, werden mit aller Bestimmtheit als unbegründet zurückgewiesen. Es muß mit Nachdruck betont werden, daß für diese Zahlungen, soweit sie nicht wie bisher in der Folge, die bisher bestehenden Stellen auch künftig eintreten werden.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.
Nagold, den 19. Nov. 1918. Oberamt.
J. B. Oberamtmann Nag.

Vom 19. November ab befindet sich das Landesamt für Arbeitsvermittlung und die Demobilisierungsdienstleistung

derselben im Gebäude Büchsenstraße 62 Telefon Nr. 12338 (vordringlicher Anruf unter sechs). Generalkommando Abtlg. II b 3 Nr. 10806—08)
Nagold, den 19. November 1918. Oberamt;
J. B. Oberamtmann Nag.

Die Rassenstunden der Oberamtspflege und Oberamtsparafasse werden durch Beschluß des Bezirksrats vom 17. Okt. d. Js. wie folgt festgelegt:

für alle Wochentage, ausgenommen den Samstag, vormittags 8—12 Uhr und nachmittags 2—6 Uhr.
für den Samstag, an welchem Tag durchgearbeitet wird, vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr.
Nagold, den 19. November 1918. Oberamt
J. B. Oberamtmann Nag.

Bekanntmachung der Zentralstelle für Landwirtschaft, betreffend die Abhaltung von Unterrichtskursen im Hufebeschlag.

Um Schritten die Vorbereitung zu der durch das Gesetz vom 28. April 1885 betreffend das Hufebeschlaggewerbe vorgeschriebenen Prüfung behufs des Nachweises ihrer Befähigung zum Betrieb dieses Gewerbes zu ermöglichen, finden im Falle genügender Beteiligung an den Lehrwerkstätten für Hufebeschlag in Hall und Ulm dreimonatige Unterrichtskurse statt, welche am Donnerstag, den 2. Jan. 1919 ihren Anfang nehmen.

Die Anmeldungen zur Aufnahme in einen dieser Kurse sind bis 12. Dezember ds. Js. bei dem Oberamt, in dessen Bezirk sich die betreffende Lehrwerkstätte befindet, schriftlich einzureichen.

Dem Zulassungsgesuch sind in Form urkundlicher Belege anzuschließen:

1. ein Geburtszeugnis.
2. die urkundlichen Belege über die Ersetzung der Gesellenprüfung im Schmiedehandwerk und die Zurücklegung einer dreijährigen Gesellenzeit, wobei der Bewerber schon im Hufebeschlag beschäftigt gewesen sein muß. Bewerber, die vor dem 1. April 1884 geboren sind haben anstatt der Ersetzung der Gesellenprüfung wenigstens die Zurücklegung einer zweijährigen erfolgreichen Lehrzeit im Schmiedehandwerk oder den Besitz der Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen in diesem Handwerk nachzuweisen;
3. wenn der Bewerber minderjährig ist, die Einwilligungserklärung des gesetzlichen Vertreters;
4. ein von der Gemeindebehörde des Wohnortes des Bewerbers ausgestelltes Leumundzeugnis, sowie eine Bescheinigung derselben darüber, daß dem Bewerber die erforderlichen Geldmittel zur Bestreitung seines Unterrichtskurses zu Gebot stehen werden;
5. eine von dem Bewerber, und wenn er minderjährig ist, auch von seinem gesetzlichen Vertreter unterzeichnete Erklärung, durch welche die Verbindlichkeit übernommen wird, die der Staatskasse erwachsenen Unterrichtskosten zu ersetzen, wenn der Schüler den Unterrichtskurs vor seiner Beendigung ohne Genehmigung der Zentralstelle für die Landwirtschaft verläßt oder durch sein Verschulden die Entzerrung aus demselben veranlaßt oder sich der Ersetzung der Prüfung binnen einer gesetzlich Frist entzieht (§ 4 Absatz 2 der Verfügung des Ministeriums des Innern vom 29. April 1912)

In den Lehrwerkstätten Heilbronn, Reutlingen und Ravensburg kann wegen Einberufung der Lehrer zum Heer ein Unterrichtskurs nicht abgehalten werden. Die Oberämter wollen für geeignete Vertretung dieser Bekannmachung Sorge tragen.
Stuttgart, den 7. Nov. 1918. J. B.: Baier.

Befürung des Arbeits-Ministeriums.

Alle wirtschaftlichen Fragen, die während des Krieges von der Kriegsbedarf- und Rohstoffstelle und deren Unterabteilungen (Heeresvertragsamt, Landeskohlenstelle, Elektrizitäts- und Gaswirtschaftsstelle, Sautenprüfstelle, Holzbeschaffungsstelle usw.) bearbeitet wurden, sind nunmehr an die **Wirtschaftstechnische Abteilung des Arbeitsministeriums Stuttgart, Gasthof Silber, Durotheenstraße 2/4** übergegangen.

Sämtliche Betriebe haben sich so rasch als irgend möglich auf die Fertigung von Friedensware umzustellen. Eine weitere Herstellung von Kriegsmaterial darf nur stattfinden, sofern sie von der wirtschaftstechnischen Abteilung des Arbeitsministeriums ausdrücklich genehmigt wird. Die genannte Abteilung kann von Fall zu Fall die Erlaubnis erteilen, daß Rohstoffe die zur Ausführung von Kriegslieferungen zugewiesen worden sind, für Friedenszwecke verwendet werden. In den diesbezüglichen Besuchen ist anzugeben:

Art und Menge der in Frage kommenden Rohstoffe, für welche Zwecke die Rohstoffe zugewiesen und für welche Zwecke sie Verwendung finden sollen. Die Verwendung solcher beschlagnahmter Rohstoffe ohne Freigabe ist verboten. Sämtliche Beschlagsnahme-Erlaubnisse bleiben bis auf weiteres außer Acht. Wegen Freigabe und Zuweisung von Rohstoffen wenden sich die Betriebe durch die wirtschaftstechnische Abteilung an diejenigen Stellen, welche bisher die Freigabe erteilt oder vermittelt haben. Handwerker setzen sich wegen Rohstoffzuweisung mit der zuständigen Handwerkskammer in Verbindung.

Von den staatlichen Behörden ist die Vergabung größerer Aufträge vorzuziehen. Die Vergabung dieser Aufträge wird durch die Behörden unter Mitwirkung einer unparteiischen Bestimmungsstelle entschieden. Betriebe, die solche Aufträge zu erhalten wünschen, werden um sofortige Mitteilung an die oben benannte Abteilung ersucht.

Stuttgart, den 14. November 1918.

Lindemann.

Stadtpflege Nagold.

Hiesige Angehörige von

Kriegsgefangenen

werden sucht, die Namen dieser und ihren letzten Truppenort, dem sie angehörten, als bald und spätestens bis nächsten Samstag behufs Annahme in eine Gebenliste bei der Stadtpflege angemeldet.

Lenz.

Stadtgemeinde Nagold.

Reißig-Berkauf.

Freitag, 22. Nov. aus Distrikt Mühlberg, Abt. Köpenick.

Reißig Wellen: Ungewunden, in Nadeln, gefaltet, Nadelholz (teilweise an Sitreureis gestreift) 750.

Zusammenkunft zum Vorzeigen 1/2 Uhr auf der Höhe der Freudenstädter Straße beim Hatterbacher Wegweiser, Verkauf 2 Uhr beim Köpenick.

Wo könnte heimatloser Krieger

einen 14tägig. Erhol.-Urlaub verdienen gegen Arbeit auch in Landwirtschaft.

Näheres unter „Heimatlos“ beim „Geschäftsamt“.

Großer Kachelofen,

gut erhalten, gibt ab J. J. Biegler, Facillfabrik, Wildberg.

Walldorf.

Verkauf eines jungen



Ruh samt Kalb

Katharine Wolz

im Hirsch.

Nagold.

Barplatz gesucht

in ruhiger Lage. Angebote an die Geschäftsstelle des Gesellschafters.

Nagold.

Zwei tüchtige Schuhmacher



suchen zwei ordentliche

Lehrlinge

finden gute Stelle bei Ernst Schuon, Schuhgeschäft.

Nagold.

Arbeits-Kleider

sind eingetroffen Chr. Raaf.

Willkommen und Papiergirlanden

in großer Auswahl bei G. W. Zaiser, Buchhdlg. Nagold.

Willkommen und Papiergirlanden

in großer Auswahl bei G. W. Zaiser, Buchhdlg. Nagold.

Willkommen und Papiergirlanden

in großer Auswahl bei G. W. Zaiser, Buchhdlg. Nagold.

Alfons Fischer

Hauptmann

Klara Fischer

geb. Lenz

Vermählte

Freiburg

Nagold

Nov. 18.

Nagold, den 20. Nov. 1918.



Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder:

Gustav Henne

im Alter von 17 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit sanft entschlafen ist.

Die trauernden Eltern:

Friedrich Henne, Flaschner und Frau Christiane geb. Wolf.

Die Brüder: Fritz und Otto.

Beerdigung Samstag nachmittag 2 Uhr.

Holzbrunn, 20. November 1918.

Todes-Anzeige.

Schmerz erfüllt gebe ich den lieben Kollegen, Freunden und Bekannten die Nachricht, daß nun auch unser Sohn



Rudolf

seinem Schwesterchen in die Ewigkeit nachgeht.

Um stille Teilnahme bitten

Hauptlehrer Hörting und Frau.

Beerdigung Freitag nachmittag 1 1/2 Uhr.



Zuffenhausen, 19. Nov. 1918. Landhausstr. 14.

Trauer-Anzeige.

Freunden und Bekannten teilen wir die überaus schmerzliche Nachricht mit, daß unser einziger innigstgeliebter Sohn und Bruder

Friedr. Haidle, Kraftfahrer

am 30. Oktober in einem Kriegslazarett in Serbien an seinen schweren Verwundungen gestorben ist.

Die tiefbetrübte Mutter

Rosa Haidle mit Tochter Frida.

Emmingen.

Verkauf Montag mittag 1 Uhr 2 Rärtere gut gewöhnt

Schafftiere



Philipp Köhm z. „Linde.“

Postkartenalbum

bei

G. W. ZAISER, Buchhandlung, Nagold.

Frisch- und Dörrobst

Kauft jedes Quantum

Louis Moser, Großhandlung, Stuttgart Schloßstr. 66. Telefon 5194.

Besteller Alleinaufkäufer der Landesversorgungsstelle Stuttgart für die Oberämter Nagold und Calw.

Als Unteraufkäufer sind vorerst ernannt für den Bezirk Nagold:

Ludwig Reck in Nagold, Telefon Nr. 76 und

Julius Raaf in Nagold, Telefon Nr. 77.

Sich bitte die Obsthaber, alles was sie erbehren können abzuliefern, damit dieses so schnell wie möglich in den Bedarfsläden ausgeliefert werden kann.



Beihingen, 20. Nov. 1918.

Todes-Anzeige.

Schmerz erfüllt teilen wir Verwandten und Bekannten die Nachricht mit, daß unser geliebter, unerschütterlicher Sohn und Bruder:

Gustav

Söhne in der 4. Masch.-Gew.-Komp.

im Alter von 18 Jahren uns unerwartet schnell nach dem Tod entzissen wurde.

In tiefer Trauer

die Eltern: Andreas Reck und Frau Marie geb. Ruhmann mit ihren Kindern.

Beerdigung in Beihingen Freitag nachm. 2 Uhr.

Eberhardt, den 21. Nov. 1918.



Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner lieben Gattin, unserer guten Mutter, Schwieger-, Ochsantler, Schwester, Schwägerin und Tante

Friederike Bohnet geb. Rienz

sowie für die zahlreiche Leichnambestellung von hier und auswärts, für die kraft eichen Worte des Herrn Pfarrers und den erhebenden Gesang sprechen wir unsern innigsten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Der Gatte: Christian Bohnet mit seinen 6 Kindern.

Rotfelden, den 19. Nov. 1918.



Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, die wir bei dem herben Verluste meines lieben Gatten und unseres unerschütterlichen lieben Vaters

Johann Georg Fessle

erfahren durften, sowie für die zahlreiche Leichnambestellung von hier und auswärts, für die würdevollen Bestattung des lieben Vaters und Gesangsvereins, für die schönen Verse des Herrn Bachmann sowie für den erhebenden Gesang des Herrn Hauptlehrers und für die tröstlichen Worte des Herrn Pfarrers am Grabe sagen wir herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Marie Fessle mit ihren 4 Kindern.